

# **Bündnis 90 / Die Grünen Thüringen**

## **- Grundkonsens -**

### **Menschenrechte**

Die volle Verwirklichung der Menschenrechte ist ein wesentliches Ziel einer ökologischen, sozialen und demokratischen Politik. Ganz wesentlich haben die Erfahrungen des Faschismus und des Stalinismus in Deutschland verdeutlicht, dass der Einsatz für die Menschenrechte, hier und überall in der Welt zu den vordringlichsten Aufgaben jeder Politik gehört.

Unser Verständnis dieser Rechte basiert dabei auf den drei Pakten der Vereinten Nationen und umfasst die politischen BürgerInnenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheitsgarantien ebenso wie die sozialen Existenzrechte und das Recht auf Schutz der Umwelt, Sicherung der Grundbedürfnisse und auf Entwicklung. Die Menschenrechte sind unteilbar, gleichwertig, unverletzlich und universell gültig.

Die Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Asyl, müssen über die UNO-Konventionen hinaus auch als einklagbare Grundrechte jedes Menschen in der Verfassung und durch die Gesetze gesichert sein.

Neben ihrer verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Absicherung müssen die Menschen auch im Alltag immer neu gegen staatliche Willkür, wirtschaftliche Übermacht, strukturelle Gewalt, Unmenschlichkeit, Brutalität und Rassismus erkämpft und verteidigt werden. Unsere Politik beruht auf Einmischung und Solidarität mit den Betroffenen und richtet sich gegen Gleichgültigkeit und Ignoranz.

Sich einsetzen für Menschenrechte bedeutet niemals einen Einsatz nur für die eigenen Rechte, sondern immer auch für die Rechte anderer, sei es im eigenen Land oder weltweit. Das Eintreten für Menschenrechte schließt deshalb die Mitverantwortung Thüringens für Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern mit ein und muss sich auf alle Felder der Innen- und Außen-, Rechts- und Wirtschaftspolitik erstrecken. Abrüstung, die Bewahrung der Umwelt und ein weltweiter Ausgleich zwischen arm und reich sind aus unserer Sicht Voraussetzungen für die uneingeschränkte und weltweite Verwirklichung der Menschenrechte.

### **Ökologie**

Ökologische Politik ist ganzheitliche Politik, in deren Zentrum die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen steht. Die Natur ist aber nicht nur menschliche Existenzgrundlage, sondern integraler Bestandteil einer unserer Verantwortung übergebenen Welt und deshalb auch um ihrer selbst willen schutzwürdig.

Hauptanliegen ökologischer Politik ist das Bewusstmachen von Zusammenhängen, Strukturen und Prinzipien der uns umgebenden Welt und deren Berücksichtigung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Damit erschöpft sich ökologische Politik nicht in einzelnen Umweltschutzmaßnahmen, sondern hat die Aufgabe, ökologische Prinzipien wie Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und Langfristigkeit in Wirtschaft und Politik einfließen zu lassen.

Der Grundsätzlich „Global denken - lokal handeln“ spiegelt die Notwendigkeit individueller Einsicht, Selbstbescheidung und Verantwortlichkeit auch vor dem Hintergrund der globalen Dimension vieler Probleme wieder.

Ökologische Politik will einen Ausweg aus der Krise gesellschaftlicher Visionen und Alternativen weisen. Zentralstaatlicher Planungssozialismus und das Modell der real existierenden Marktwirtschaft waren bisher weder in der Lage, die globale ökologische Talfahrt zum Stillstand zu bringen, noch Lösungen der drängenden globalen Probleme aufzuzeigen und zu realisieren. Ökologische Politik will unter Ausnutzung marktwirtschaftlicher Strukturen, die Lenkungsfunktion des Staates verstärkend, einen Weg jenseits von gescheitertem Real-Sozialismus und dominierendem Real-Kapitalismus suchen. Wir treten für Realisierung einer dauerhaft existenzfähigen Gesellschaft in demokratischen Strukturen ein und lehnen ökodiktatorische Visionen ab.

Ökologie muss als Querschnittsaufgabe begriffen werden, die alle Bereiche der Politik durchdringt. Dreh- und Angelpunkt einer ökologischen Wende in einer ökonomisierten Welt ist allerdings zwangsläufig die Wirtschaft. Die Berücksichtigung ökologischer Grundprinzipien in der Wirtschaft muss notwendigerweise zu einer Abkehr von der vorherrschenden Wachstumsideologie führen. Grenzenloses materielles Wachstum muss durch übergreifenden qualitativen Fortschritt ersetzt werden.

### **Gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern**

Wir setzen uns für die Verwirklichung der Menschenrechte für Frauen als eine Voraussetzung für eine friedliche, demokratische und ökologische Gesellschaft. Die patriarchalen Strukturen unserer Kultur und Gesellschaft schreiben den Zustand von Diskriminierung, Unterdrückung und Benachteiligung fort. Wir erkennen an, dass wirkliche Erneuerung nur erreicht werden kann, wenn Männer und Frauen gleichermaßen an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse beteiligt sind.

In der DDR wurden Frauenförderung und familienpolitische Maßnahmen staatlich verordnet. Frauen konnten durch Erwerbstätigkeit und das damit verbundene Umfeld ein großes Maß an Selbstbewusstsein und materieller Unabhängigkeit entwickeln. Dennoch blieb die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen bestehen, so dass eine Vielbelastung entstand, die allerdings von vielen Frauen hingenommen wurde. In oppositionellen Friedens- und Frauengruppen der DDR entwickelte sich ein Bewusstsein für die Ungleichbehandlung von Frauen. Ein Ergebnis davon war die überdurchschnittliche Beteiligung von Frauen an den Ereignissen des Herbstes '89.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen haben sich für Frauen in der gesamten Bundesrepublik und besonders in den ostdeutschen Ländern verschlechtert. In dem Maße, wie Frauen in den neuen Ländern aus der Erwerbsarbeit verdrängt werden, verlieren sie auch die Grundlagen für ein unabhängiges materiell gesichertes Leben. Zugleich werden sie oftmals auf Haus- und Erziehungsarbeit sowie unterbezahlte und geringschätzige Arbeitsplätze festgelegt, wie es ein Großteil der westdeutschen Frauen seit langem kennt. Bei allen Unterschieden der Biographien und Erfahrungen kann die gemeinsame Betroffenheit eine Grundlage für politisches Handeln sein. Unsere Politik soll dabei mobilisierend wirken.

Bisher ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht verwirklicht worden. Die Werte einer männerdominierten Welt sind nach wie vor unverändert. Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss von der Gesellschaft erkannt und entschieden bekämpft werden. Das Recht auf Selbstbestimmung und selbstgewählte Lebensweise sowie auf körperliche Unversehrtheit ist unantastbar. Wir wenden gegen jede Art von Gesetzen, Praktiken und Verhaltensweisen, die die geistig-seelische und körperliche Integrität von Frauen und ihre Persönlichkeits- und Menschenrechte verletzen.

Es ist unser Ziel, Gleichberechtigung und paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. Zur Erfüllung echter Parität sollen Frauen bevorzugt werden, z.B. durch Mindestquotierung und spezielle Fördermaßnahmen. Wir sehen uns daher verpflichtet, innerorganisatorisch die paritätische Beteiligung von Frauen herzustellen und ihnen wirksame Mittel zur echten Gleichstellung an die Hand zu geben. Herangehensweisen, Fragestellungen und Ansichten von Frauen sind konsequent einzubeziehen. Voraussetzung dafür ist, dass Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden, die es für Frauen attraktiv machen, sich zu beteiligen. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Kindern ermöglichen, ihre Verantwortung als Erziehende ebenso wahrzunehmen wie die bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse. Frauenpolitik heißt für uns, alte Politikbereiche aus der Perspektive von Frauen zu untersuchen, überall die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft zu erkennen und Veränderungen einzufordern, die über bestehende Gesellschaftsmodelle hinausweisen und Frauen ein selbstbestimmtes und selbstbewusstes Leben ermöglichen.

## **Soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit**

Ökologie, Demokratie, Menschenrechte, Frauenemanzipation und Gewaltfreiheit sind nicht umfassend durchsetzbar, solange die Gesellschaft in Arme und Reiche, in Etablierte und Ausgegrenzte gespalten ist. Der notwendige soziale Ausgleich betrifft nicht allein die Verteilung von Geld und Gütern, sondern auch die von Lebenschancen, freier Zeit und Zugang zum kulturellen und sozialen Leben. Unser Anliegen ist es, Menschen, die in Folge ihres Alters oder ihrer Behinderung besondere Bedürfnisse haben, aus der Isolierung herauszuführen und zu integrieren. Die Aufgabe des sozialen Ausgleichs stellt sich immer dringlicher im globalen und europäischen Maßstab, sie bildet aber auch eine entscheidende Voraussetzung für die demokratische Bewältigung der Auswirkungen der deutschen Vereinigung. Das westliche Sozialstaatsmodell und die klassische sozialistische Utopie, die die sozialen Konflikte der Gesellschaft durch die Verteilung von Wachstumsgewinnen zu mildern suchen, haben ein nicht für immer fortsetzbares wirtschaftliches Wachstum aufgelöst und stoßen daher angesichts ökologischer Krisen an ihre Grenzen. Die Sicherung der menschlichen Existenz muss auf der Basis einer Wirtschaft geschehen, die der Begrenztheit der natürlichen Vorräte Rechnung trägt und unter der Notwendigkeit des Erhalts der natürlichen und sozialen Umwelt des Menschen betrieben wird. Wir streben an, dass sich Wirtschaft als Zusammenspiel von selektivem Wachstum und Rücknahme oder Stoppen bedrohlicher Entwicklungen gestaltet. Die Beteiligungsmöglichkeiten am Wirtschaftsprozess müssen so gestaltet werden, dass jeder Mensch die Chance hat, über die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse hinaus einen historisch und kulturell angemessenen und ökologisch angepassten Lebensstandard zu

erreichen. Die unterschiedliche Wahrnehmung dieser Chancen darf nicht zur Herausbildung von Wirtschaftsformen führen, die strukturelle Armut mit sich bringen. Wer die Mittel, ein menschenwürdiges Leben führen zu können, nicht selbst erarbeiten kann, muss diese von der Gesellschaft erhalten.

Die wirtschaftliche Entwicklung kann nicht allein den Marktkräften überlassen bleiben wenn dauerhafte und sich vergrößernde Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren und Regionen vermieden werden sollen. Wir treten daher für eine aktive ökologische und soziale Struktur- und Regionalpolitik mit dem Ziel einer gerechten Verteilung der ökonomischen Entwicklungschancen ein. Auch die wirtschaftlichen Probleme im Gefolge der deutschen Vereinigung können nur so entschärft werden.

Wir leben in einer Zeit, in der sich traditionelle Formen des Zusammenlebens schnell auflösen. Wir möchten, dass Menschen neue, tragfähige Formen des gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens finden und unterstützen friedliche Versuche, die das wagen und praktizieren.

## **Demokratie**

Menschenrechte und Demokratie sind untrennbar miteinander verknüpft. Ohne Schutz der Menschenwürde, Diskriminierungsverbote und das Recht, jederzeit seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, kann Demokratie nicht funktionieren. Und ohne das Recht, an der Gestaltung der eigenen Gegenwart und Zukunft teilzuhaben und mitzuentcheiden, laufen alle anderen Rechte ins Leere.

Wir wollen eine umfassende Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in einer offenen und ehrlichen Auseinandersetzung über die Probleme und Vorgänge in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen, dass die Menschen in immer größerem Maße von bloßen Objekten zu Subjekten gesellschaftlichen Handelns werden, dass sie das Recht erhalten, in Staat, Wirtschaft und Kultur die eigenen Lebensbedingungen unmittelbar mit zu gestalten und selbst zu entscheiden. Um dies zu ermöglichen, müssen u.a. Technologien auf ihre Demokratieverträglichkeit überprüft werden. Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Mitsprache und die tatsächlichen Möglichkeiten hierzu klaffen jedoch immer weiter auseinander. Der scheinbaren Allmacht der Parteien und der hinter ihnen stehenden Kräfte in Exekutive und Wirtschaft steht eine immer größere Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Wer keine Einflussmöglichkeiten sieht, fühlt sich auch nicht verantwortlich. Die Macht einer politischen Elite, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ausgrenzt, erzeugt notwendig Resignation und Militanz und liefert sich damit auf Dauer selbst die Begründung. Sie setzt so einen verhängnisvollen Zirkel des Demokratieabbaus und der Zerstörung demokratischen Engagements und Bewusstseins in Gang. In den Parlamenten wird Demokratie in der Regel durch Sperrklauseln, das Übergewicht der Exekutive, den Fraktionszwang, Abhängigkeiten von Spendengeldern u.a. nur unbefriedigend und verstümmelt praktiziert. Zugleich wird außerparlamentarischer Protest oft über Gebühr eingeschränkt und kriminalisiert. Der drohende Kreislauf von Ohnmacht, Wut und Diktatur lässt sich nur durch mehr ökonomische und politische Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie aufbrechen. Deshalb werden wir mit aller Kraft für eine Demokratie eintreten, die diesen Namen verdient.

Wir befürworten den politischen Gestaltungsauftrag der Parteien, aber wir wollen das verfassungswidrig angelegte Monopol der Parteien auf politische Willensbildung zugunsten des Rechtes der Bürgerinnen und Bürger, politische Sachentscheidungen auch selbst zu treffen, überwinden. Wir setzen uns deshalb für die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf allen Ebenen ein. Lebendige Demokratie verlangt nicht nur Freiheit von staatlicher Repression, Bespitzelung, Überwachung und Kriminalisierung, sondern auch praktizierte Offenheit und aktive Toleranz sowie den Mut, aus Überzeugung zu handeln.

## **Gewaltfreiheit: Macht und Gewalt**

Gewaltfreiheit ist ein grundlegendes und weit reichendes Prinzip unserer politischen Ethik. Macht ist verfügendes Handeln, das im Dienste des Lebens als Ganzes notwendig ist. Gewalt hingegen schädigt Leben. Macht bedarf der Legitimation und ist an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gebunden. Macht darf nur zur Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrages angewandt, aber nicht zum Selbstzweck werden. Gebrauch von Macht zur Sicherung von Möglichkeiten der weiteren Machtausübung steht in der besonderen Gefahr zum Machtmissbrauch zu werden. Missbrauchte und angemessene Macht wird zur Gewalt.

Macht über Menschen sowie Macht über nichtmenschliches Leben und natürliche Ressourcen bedürfen eines gesellschaftlichen Auftrages und sind rechenschaftspflichtig. Die aus Eigentum erwachsende Macht ist zu hinterfragen auf Auftrag und Rechenschaft, ohne die es ihr an Legitimität

mangelt. Privates Eigentum an nicht vermehrbaren Naturgütern stellen wir ebenso in Frage wie private Vergütung über wissenschaftliche Erkenntnis. Wir bejahen die Dreiteilung der Macht im demokratischen Rechtsstaat (Gewaltenteilung) einschließlich des Monopols polizeilicher Macht in der Hand des Staates, fordern aber eine Stärkung ihrer demokratischen Legitimation durch mehr Partizipation, mehr Kontrolle und mehr direkte Demokratie. Das dem Staat übertragene Gewaltmonopol muss deshalb durch Verfassung und Gesetze auf das Notwendige beschränkt und durch die Verfassung begrenzt sowie einer ständigen und umfassenden Kontrolle durch eine unabhängige Justiz und demokratische Entscheidungsorgane unterworfen bleiben. Darüber hinaus beanspruchen wir gegen den Missbrauch staatlicher Gewalt das Recht auf Widerstand und zivilen Ungehorsam. Die Macht der Medien als einer vierten Gewalt bedarf demokratischer Kontrolle und Legitimation in einer Weise, die ihre Unabhängigkeit vom Staat, von Parteien und wirtschaftlichen Interessen sichert. Krieg und Kriegsbedrohung sind schlimmste illegitime Gewalt. Die mit hoch technologischen und mit Massenvernichtungswaffen auferüstete militärische Gewalt stellt eine generelle Bedrohung dar. Deshalb streben wir eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an und lehnen den Krieg als Mittel der außenpolitischen Konfliktlösung grundsätzlich ab. Internationale Konfliktregelung zur Abschaffung der Institution des Krieges bedarf einer demokratisch reformierten UNO. Wir streben eine ökologisch und sozial solidarische sowie tolerante Weltordnung an, in der es keine wirtschaftlichen und weltanschaulichen Motive für die gewaltsame Austragung von Konflikten mehr gibt, in der jeder Militarismus geächtet wird und in der die erforderlichen Grundlagen für zivile, nichtmilitärische Formen der Konfliktbewältigung, der Rechtswahrung und der Friedenssicherung gegeben sind. Wir steilen uns nicht nur gegen physische Gewalt, vor allem Gewalt gegen Kinder, Frauen und Ausländer. Wir stellen uns ebenso gegen psychische und publizistische Gewalt sowie gegen ökonomische Gewalt, der nicht nur Arbeitsplätze, sondern welt- weit die meisten Menschenleben zum Opfer fallen. Die Ethik der Gewaltfreiheit ist eine Ethik der Erhaltung und Entfaltung des Lebens.

### **Für eine neue politische Kultur**

Die gegenwärtige politische Praxis bietet kaum Lösungen für die globalen politischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme. Unter den bestehenden ökonomischen Verhältnissen beschränken insbesondere Konkurrenzmechanismen und soziale Existenzängste die konstruktiven Handlungsmöglichkeiten der Menschen. Die politischen Institutionen sind nicht in der Lage, die Fülle der bestehenden Probleme wirksam abzubauen. Die "ökologische und soziale Krise ist mit dem Instrumentarium der etablierten Politik nicht zu bewältigen. Die grundlegende Erneuerung der politischen Kultur zur Überwindung der bestehenden den gesellschaftlichen Verhältnisse wird damit zu einer zentralen Bedingung der Lösung einer Krise, die die Existenzgrundlagen der Menschheit bedroht. Bündnis 90 /Die Grünen in Thüringen sind sich einig, dass das Zusammenwachsen der beiden Teile des vereinigten Deutschlands eine neue Situation darstellt, die das Projekt der Erneuerung der politischen und gesellschaftlichen Kultur vor eine zusätzliche Herausforderung stellt.

Diese Herausforderung wollen Grüne und Bürgerbewegung gemeinsam annehmen, indem sie in ihrer Praxis eine alte Ebenen menschlicher Existenz berücksichtigende politische Kultur entwickeln,

- die von den faktischen Problem- und Interessenlagen ausgeht, ohne sich von Vorurteilen und Dogmen beirren zu lassen,
- die jeder faktischen und rechtlichen Ausgrenzung von Menschen aus den politischen Prozessen wirksam entgegentritt,
- die in der Lage ist, Ängste abzubauen und Bereitschaft für die notwendigen Veränderungen zu wecken,
- die die Bereitschaft stärkt, für die eigenen Einsichten und Überzeugung auch dann einzustehen, wenn sie nicht mit herrschenden Auffassungen konform gehen,
- die den Dialog und den Konsens sucht und fähig ist, Kompromisse zu schließen, ohne Konflikten auszuweichen und gegensätzliche Interessenlagen zu verdecken,
- die von einer gemeinsam getragenen Solidarität aller Menschen in Gegenwart und Zukunft bestimmt ist,
- die in der Lage ist, die in der Wirklichkeit vorhandenen unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Interessen und Sichtweisen als aufeinander bezogen und sich gegenseitig bedingend zu begreifen.

Diese politische Kultur bewegt uns dazu, aktiv die Einbeziehung der Ausgeschlossenen oder von Aufschließung Bedrohten zu betreiben.

Wir, Grüne und Bündnis 90, wollen die mit dem Ende des Kalten Krieges und dem deutschen und europäischen Einigungsprozess sich bietende unwiederbringliche Chance für den Aufbau neuartiger, ökologisch und sozial dauerhaft existenzfähiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen in

Deutschland nutzen. Das Stellt eine gewaltige menschliche, Kulturelle, politische, ökonomische und Wissenschaftliche Aufgabe dar, auf deren Lösung alle gesellschaftlichen Kräfte konzentriert werden müssen.